



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/116 - 20.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Junge Gewerkschafter tagten	S. 1
Die Gärung innerhalb der britischen Parteien	S. 3
"Sprachregelung" für Unterzeichnungsakt	S. 5
Die CDU im Südwesten	S. 5

Stimme der Jugend

H.W. "Ich glaube, daß keiner zu alt und in der Position zu hochstehend ist, als daß er auf einer solchen Jugendkonferenz nicht noch etwas hinzulernen könnte", sagte Christian Fette, der Vorsitzende des DGB, nachdem er in Stuttgart zwei volle Tage lang die Beratungen der 2. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufmerksam verfolgt hatte.

Nicht weniger als 650000 unter 21jährige² Jugendliche sind heute Mitglied des DGB. Bis 25 Jahre sind es sogar 1,4 Millionen, die in den verschiedenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften organisiert sind. Kein Wunder, daß in der Zeit des Kampfes der Gewerkschaften um die gesetzliche Verankerung eines echten Mitbestimmungsrechtes auch bei den Beratungen und Beschlüssen der 208 jugendlichen Delegierten das Betriebsverfassungsgesetz und besonders seine Jugend-Paragrafen im Mittelpunkt standen. Als der Brief des Kanzlers an Christian Fette der Konferenz zur Kenntnis gebracht wurde, in welchem Adenauer die Verdächtigung ausspricht, daß der DGB in Fragen des Betriebsverfassungsstreites die Politik der Kommunisten unterstütze, protestierten die jungen Gewerkschafter empört. Wie völlig einflußlos die Kommunisten auf das politische Geschehen in den Gewerkschaften sind, bewies die einstimmig angenommene Entscheidung,

in welcher sich die Gewerkschaftsjugend mit den Jugendlichen solidarisch erklärt, die aus politischen Gründen zu unmenschlichen Strafen verurteilt in Gefängnissen und Konzentrationslagern der Ostzone schmachten.

Auf der Grundlage der Referate der Abgeordneten Strauß (CDU) und Berlin (SPD) diskutierten die Konferenzteilnehmer die Fragen der Jugendgesetzgebung, der Bekämpfung der Berufs- und Arbeitslosigkeit und des Bundesjugendplans. Hierbei wurde scharfe Kritik an den bisher noch ganz unzulänglichen Maßnahmen der Bundesregierung geübt und mehr als einmal festgestellt, daß eine fortschrittliche Jugendgesetzgebung bisher an den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag gescheitert sei. Diese Tendenz ließ sich leicht an den Beispielen des die jugendlichen Arbeiter ausschließenden Kündigungsschutzgesetzes, des bisher immer noch nicht dem Parlament vorgelegten Jugendarbeitsschutzgesetzes und der Erhöhung des Wahlalters für den Betriebsrat durch die bürgerliche Ausschusmehrheit beim Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes nachweisen. Ein Delegierter der IG-Bergbau berichtete, daß ein vierzehnjähriger Berglehrling an einem Sonntag bei der Arbeit tödlich verunglückte - ein Ereignis, das nicht eingetreten wäre, wenn die gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen eingehalten würden.

Im Bewußtsein der großen Verantwortung vor der jungen Generation unseres Landes erklärte die Konferenz mit großer Mehrheit ihre Ablehnung eines deutschen Verteidigungsbeitrages, weil die Einordnung Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege verhindere und weil die Leistung eines deutschen Wehrbeitrages die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten nur noch vergrößern würde.

In einem groß angelegten Referat trug Professor Carlo Schmid seine Auffassung über den derzeitigen Stand der Entwicklung zur Vereinigung Europas vor. Unter dem Beifall der Delegierten erklärte er, daß die Schaffung eines geeinigten Europas nur dann sinnvoll wäre, wenn sie bessere Lebensverhältnisse für die arbeitenden Menschen bringen würde. Es wäre die große Aufgabe der Gewerkschaften, durch ihren Kampf um Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß unser Land in einer gesamt-europäischen Völkergemeinschaft aufgeht, in der dann auch England und Skandinavien gern ihren Platz einnehmen werden, wenn der hohe Lebensstandard ihrer Proleten nicht gesenkt zu werden braucht.

Die große Anzahl der internationalen Gäste des Kongresses und eine einstimmig angenommene EntschlieÙung bewiesen, daß die deutsche Gewerkschaftsjugend gewillt ist, ihren Teil zur internationalen Verständigung und zur Schaffung eines geeinigten Europas beizutragen. Die von der Konferenz angenommenen Anträge, welche sachlich und konkret den Weg zur Überwindung der materiellen und geistigen Not der Jugend weisen, sollten der Bundesregierung und ihrer Parlamentsmehrheit bei der zukünftigen gesetzgeberischen Arbeit für die Jugend zu denken geben.

Parteien in Bewegung

F.S.-London, 20.Mai 52

Mit einer wachsenden Unsicherheit der wirtschaftlichen Situation ist auch in Groß-Britannien eine Radikalisierung der innerpolitischen Situation festzustellen. Sie macht sich nicht etwa durch die Gründung neuer Parteien auf dem rechten oder linken Flügel oder durch einen Zustrom zu diesen bestehenden Organisationen spürbar. Die faschistische Mosley-Gruppe ist fast völlig von der Bildfläche verschwunden. Ihr "Führer" hält sich zumeist in Irland auf, ihre Demonstrationen in den Arbeitervierteln Londons sind bedeutungslos. Die Kommunisten erhielten bei den letzten Parlamentswahlen weniger als 20000 Stimmen und keinen Abgeordneten.

Wenn sich eine Radikalisierung bemerkbar macht, dann vollzieht sie sich in den Programmen der bestehenden demokratischen Parteien. Die Liberalen, die ihren Parteitag soeben abschlossen, nahmen ein "radikales Programm" an, in dem sie u.a. die Forderung nach einer "Welt-Autorität" aufstellen. Ihr Wunsch sie einen Gerichtshof und eine Polizeimacht einzugliedern, deren Mitglieder von einem internationalen Finanz- und Versorgungsministerium aufgebracht werden sollen. Bevor dieses "Programm auf lange Sicht" verwirklicht werden kann, wird die Unterstützung der bestehenden internationalen Gremien und eine "permanente Verbindung" mit der Europa-Armee für notwendig gehalten. Für die nächsten Wahlen zum Unterhaus beabsichtigt die liberale Partei, die jetzt mit sechs Abgeordneten durch 70000 Stimmen vertreten ist, mehr als 300 Kandidaten aufzustellen, während sie für die letzte Wahl in nur 100 Wahlkreisen vertreten war.

Diese Entscheidung wird besonders die Konservativen beunruhigen, die bei der letzten Wahl vornehmlich die Stimmen der Liberalen erhielten, die nicht Gelegenheit hatten, für einen eigenen Kandidaten zu stimmen und den Ausgang der Wahl entscheidend beeinflussen. Churchill und seine Anhänger haben schwere Zeiten vor sich. Zahlenmäßig nur die zweitstärkste Partei und durch den Ausfall der Kommunalwahlen schon nach wenigen Monaten in Mißkredit gebracht, befinden sie sich in einer Situation, die sie weder innen- noch außenpolitisch zu meistern in der Lage sind. Hinzu kommt, daß sich der

Parteiführer immer wieder über seine eigenen Minister hinweg setzt, daß die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Führerschaft rebellieren, weil ihnen sowohl ihre Anhänger wie auch die Gegner unerfüllte Wahlversprechungen vorwerfen. Auf der rechten Seite stehen Industrie und Wirtschaft mit ihren Erwartungen, die linke Seite warnt durch die Gewerkschaften, auf deren Unterstützung Churchill angewiesen ist. Es ist das gemeinsame Ziel der Konservativen, Liberalen und Kommunisten, die Gewerkschaften zu durchsetzen, was auch diesmal nicht gelingen wird. Alle Maßnahmen, die von der Regierung getroffen werden, deuten darauf hin, daß sie nicht die Absicht hat, das Parlament in der nächsten Zeit aufzulösen. Für den Fall, daß es aber doch einmal dazu kommt, suchen auch die Konservativen, besonders ihr linker Flügel, ein neues Programm, das mit dem Namen des jetzigen Schatzkanzlers R.A. Butler verbunden sein wird. Butler ist neben Eden ein ernsthafter Kandidat für die Nachfolge Churchills, falls dieser wirklich die Absicht hat, nach den Krönungsfeierlichkeiten im nächsten Jahre die politische Arena zu verlassen.

Umso mehr Zeit hat die Labour-Party, ein neues Programm aufzustellen. Was sich jetzt entwickelt, wird sich weder auf einer Bevan-, noch einer Attlee-Linie vollenden. Die Exekutive hat kürzlich eine Broschüre über "Auswärtige Politik" veröffentlicht, die lediglich Anhaltspunkte gibt und Fragen stellt, deren Beantwortung sie der Mitgliedschaft überläßt. Von dieser Broschüre sind bis jetzt nahezu 100000 Exemplare verkauft. Die Antworten sind in so unverhältnismäßig hoher Zahl eingegangen, daß sie erst im nächsten Monat veröffentlicht werden können. Die folgenden Broschüren behandeln die sozialen Dienste, die sozialisierte und private Wirtschaft, Agrar- und Commonwealth-Politik. Wenn bis zum nächsten Parteitag, Ende September, die Stellungnahme der Mitgliedschaft erfolgt ist, haben Exekutive und Parteitag wirklich eine Anleitung in Händen, die nicht von oben diktiert, sondern von unten herauf diskutiert wurde. Das ist es, was die Auseinandersetzungen Labours von allen anderen Parteien unterscheidet: Sie bewegen sich nicht im Rahmen eines Wahlprogramms und werden nicht im Kreise einer kleinen Führungsschicht ausgefochten. Das neue Parteiprogramm kommt aus der Mitgliedschaft und wird von ihr vertreten.

"Sprachregelung" für Unterzeichnungsakt

(sp) Der Tag der Unterzeichnung des Generalvertrags wird von der Bundesregierung in ganz großem Stil als Festtag, als ein Tag der Wiedergeburt der deutschen Souveränität, vorbereitet. Bundeskanzler Dr. Adenauer glaubt, mit dem Generalvertrag ein Meisterstück seiner Politik vollbracht zu haben und möchte ihn auch so in das Bewußtsein des Volkes hineinhämmern. Deshalb wurde bereits vom Palais Schaumburg über das Bundespresseamt eine "Sprachregelung" getroffen, wie die westdeutschen Sender am Unterzeichnungstag das hochbedeutsame Ereignis in Ohr und Herz des Volkes prägen sollen. Am Vorabend bereits soll das Volk auf die Bedeutung des Unterzeichnungstages aufmerksam gemacht und seelisch vorbereitet werden. Diesem Zweck dient eine Hörfolge "Von der bedingungslosen Kapitulation bis zum Deutschlandvertrag", wie amtlicherseits seit neuester Zeit der Generalvertrag genannt wird.

Am großen Tag selbst wird dann die Unterzeichnungssendung - kurze Schilderung des Unterzeichnungsaktes, Ansprache des Bundeskanzlers, dritte Strophe des Deutschlandliedes - nach den Wünschen der Bundesregierung von allen westdeutschen Sendern in Abständen von mehreren Stunden den ganzen Tag und Abend wiederholt. So jedenfalls will es die "Sprachregelung" des Bundespresseamtes. Das alles kommt denen, die auch vor 1945 schon in Deutschland gelebt haben, peinlich bekannt vor.

+ + +

Die CDU im Südwesten

(sp) Nur 15 von 50 Abgeordneten der CDU in der Verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württemberg gehören nach einer Mitteilung des Evangelischen Pressedienstes der evangelischen Kirche an. Die Tatsache ist bemerkenswert auch in Hinblick darauf, daß von den 121 Mitgliedern des Parlamentes in Baden-Württemberg 51 der evangelischen und 47 der katholischen Kirche angehören, ein Verhältnis, das ungefähr auch der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht.

In Baden-Württemberg ist damit jedenfalls die oft gehörte Behauptung widerlegt, die CDU sei in gleicher Weise Sprecherin der beiden christlichen Hauptkonfessionen.

+ + +

 Verantwortlich: Peter Raunau